

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 19.04.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Steve Kuhlmann

als Vertreter für Frau Bauer

Herr Stephan Richter

Frau Ursula Schineller

Herr Michael Weber

SPD

Frau Sylvia Gorsler

Vorsitzende

Herr Markus Kollmeier

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne

Herr Joachim Hood

Frau Sarah Labarbe

Herr Janko Spieker

als Vertreter für Herrn Eilmes

FDP

Herr Leo Knauf

als Vertreter für Herrn Focke ab 17:56 Uhr

Herr Gregor vom Braucke

als Vertreter für Herrn Focke bis 17:56 Uhr

Die Partei

Herr Christian Loth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

Integrationsrat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich

Herr Michael Gugat

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht

Seniorenrat

Herr Kai Wittler

Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Silke Aron
Frau Nora Kristin Gäbel
Frau Julia Harmsen

Herr Peter Hiltawsky
Frau Gisela Krutwage
Herr Aiko Linnenbürger
Frau Dr. Ioana Simona Mihai

Herr Ingo Nürnberger
Herr Björn Palma
Frau Elke Riemann
Herr Sören Wiebusch

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Beigeordneter Dezernat 3
Büro für Sozialplanung
Büro für Sozialplanung (zu TOP 12)
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Erster Beigeordneter Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 3
Büro für Sozialplanung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 25. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie teilt zur Tagesordnung mit, dass es zu TOP 10 „Auswahl eines sozialen Trägerverbundes zur Weiterführung des Stadtteilzentrums Grüner Würfel“ einen Antrag der CDU-Ratsfraktion (Drucks.-Nr. 6016/2020-2025) gebe.

Herr Copertino (CDU-Fraktion) beantragt zum TOP 6 „Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft“ die Behandlung der Beschlussvorlage (Drucks.-Nr. 5257/2020-2025) in 2. Lesung. Seine Fraktion hätte der ursprünglichen Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen können. Aufgrund der zwischenzeitlich gestellten Änderungsanträge gebe es jetzt noch Beratungsbedarf auch bei den Mitgliedern des Schul- und Sportausschusses. Die Anträge (Drucks.-Nr. 5793/2020-2025, 5832/2020-2025 und 5910/2020-2025) sollten daher heute in 1. Lesung beraten werden. Er gehe davon aus, dass die morgige Vorberatung eine einheitliche Abstimmung der CDU-Fraktion in den beteiligten Ausschüssen ergebe. Die notwendigen Beschlüsse sollten notfalls in einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 11.05.2023 gefasst werden.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet die Antragsteller um eine Stellungnahme zur Behandlung ihres Antrages in 1. Lesung:

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) hat für den gemeinsamen Antrag der Koalition (Drucks.-Nr. 5910/2020-2025) keine Bedenken. Sie weist aber darauf hin, dass die Beschlussfassung im kommenden Schul- und Sportausschuss und im Jugendhilfeausschuss erfolgen solle, damit das Personal für die Schulsozialarbeit noch rechtzeitig rekrutiert werden könne.

Herr vom Braucke (FDP-Fraktion) stimmt dem beantragten Vorgehen hinsichtlich des Antrages der FDP-Fraktion (Drucks.-Nr. 5832/2020-2025) zu.

Herr Dr. Sander (AfD-Ratsgruppe) ist mit der 1. Lesung des Antrages der AfD-Ratsgruppe (Drucks.-Nr. 5793/2020-2025) einverstanden.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt fest, dass die Anwesenden der Behandlung des TOP 6 in 2. Lesung bzw. der drei Anträge in 1. Lesung zustimmen und dadurch vor der Ratssitzung am 11.05.2023 eine Sondersitzung zusammen mit den Gremien notwendig werde, die bis dahin noch nicht entschieden hätten.

Herr Copertino führt weiter aus, dass der Stadtentwicklungsausschuss als maßgebliches Gremium noch nicht über die Vorlage zu TOP 8 „Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie – Leitfaden“ (Drucks.-Nr. 4675/2020-2025) entschieden habe. Auch hierfür bittet er um eine weitere Lesung.

Die Anwesenden stimmen dem einstimmig zu.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.03.2023**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.03.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Fortsetzung des Veranstaltungsformates „Demokratie erleben“**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die in der Sitzung zur Verfügung gestellte Mitteilung.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Familienfreundliches Bielefeld - Aktionstag zum internationalen Tag der Familie am 15.05.2023**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung - 540 -.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Bielefelder Modell - aktueller Sachstand zum Insolvenzverfahren Alt und Jung Nord-Ost e.V.**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt -.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Auftaktveranstaltung Engagierte Stadt Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt -.

Auf die Frage von Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) antwortet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Bezirksbürgermeister*innen als Vertreter*innen der Kommunalpolitik an den Veranstaltungen beteiligt seien.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Teilnahme von Hebammen an der Kommunalen Gesundheitskonferenz sowie der Konferenz Alter und Pflege - Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.03.2023**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5809/2020-2025

Herr Kollmeier (SPD-Fraktion) erläutert die Anfrage und beschreibt, warum er die Antwort der Verwaltung für nicht vollständig zutreffend halte. Er weist darauf hin, dass die Hebammenzentrale keine berufspolitische Interessenvertretung ist. Dies sei vielmehr der Deutsche Hebammenverband, dessen Landesvorsitzende für NRW, Frau Blomeier, sogar in Bielefeld ansässig sei. Er wünsche sich ihre Mitarbeit in der Kommunalen Gesundheitskonferenz.

Die Vorsitzenden Frau Gorsler und Herr Weber (CDU-Fraktion) nehmen die Anregung als Mitglieder der Kommunalen Gesundheitskonferenz in die anstehende Diskussion mit.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Stellenplan 2024 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5778/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen, den mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld vom 28.02.2023 aufgestellten Stellenplan für das Jahr 2024 zu genehmigen (Anlage).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5257/2020-2025
5793/2020-2025 (Antrag AfD vom 08.03.2023)
5832/2020-2025 (Antrag FDP vom 14.03.2023)
5910/2020-2025 (gem. Antrag v. 27.03.2023)

Antrag der AfD-Ratsgruppe vom 08.03.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5793/2020-2025

- Der Antrag wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen. -

Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 14.03.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5832/2020-2025

- Der Antrag wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen. -

gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vom 27.03.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5910/2020-2025

Der Antrag wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen.

Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft – 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5257/2020-2025

Die Beschlussvorlage wird in **2. Lesung** zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Prävention im Aufgabenspektrum des kinder- und jugendzahnärztlichen Dienstes

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Mihai. Diese berichtet über die Prävention im Aufgabenspektrum des kinder- und jugendzahnärztlichen Dienstes. Die verwendete Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Frau Dr. Mihai weist auf eine geplante Veranstaltungsreihe zum Tag der Zahngesundheit im Herbst 2024 hin. Dort soll der sogenannte Karies-Tunnel zum Einsatz kommen.

Am anschließenden Austausch beteiligen sich Frau Gorsler, Herr vom Braucke, Frau Rammert und Herr Gugat. Beigeordneter Herr Nürnberger regt an, dass sich der Zahnmedizinische Dienst am Tag der Familie am 15.05.2023 beteiligt.

-.-.-

Zu Punkt 8

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitfaden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4675/2020-2025

Für die nächste Behandlung der Beschlussvorlage gibt es seitens des Sozial- und Gesundheitsausschusses noch offene Fragen:

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) möchte zu Nr. 4 des Beschlussvorschlages wissen, ob der Sozial- und Gesundheitsausschuss über den Beitritt zu einem Verein abschließend entscheiden könne oder ob das dem Rat vorbehalten sei.

Herr Weber (CDU-Fraktion) wünscht Informationen über den im Beschlussvorschlag genannten Verein, er habe dazu keine befriedigenden Auskünfte recherchieren können. Weiterhin hält er eine Kostenaufstellung für die aufgeführten Maßnahmen im Hinblick auf die Entscheidungsfindung für hilfreich. Hierzu verweist Beigeordneter Herr Adamski darauf, dass es sich nur um eine Ergänzung zu dem bereits beschlossenen Leitfaden handele.

Er teilt mit, dass der AfUK in der Sitzung am 18.04.2023 den Wunsch geäußert habe, nach den Beratungen und Empfehlungen durch die Bezirksvertretungen eine Synopse über die Beschlusslage zu erhalten.

Frau Beier (Fraktion Die Linke) weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit Sanitäranlagen immer nur von Senioren gesprochen würde, dass dieses Thema aber nicht nur diesen Personenkreis betreffe.

- Die Vorlage wird in **1. Lesung** behandelt. -

-.-.-

Zu Punkt 9

**Trägerwechsel bei Leistungs- und Finanzierungsvereinbarun-
gen mit dem Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüber-
wachungsamt:**

**a) Fortführung des Angebots Youthwork - Aidsprävention und
Sexualpädagogik durch den Verein Aidshilfe Bielefeld e.V.**

**b) Fortführung des Angebots Hebammenzentrale durch den
ASB RV OWL e.V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5843/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage
zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 10

**Auswahl eines sozialen Trägerverbundes zur Weiterführung
des Stadtteilzentrums Grüner Würfel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5714/2020-2025/1

Herr Copertino (CDU-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion. Es gebe am Kesselbrink weiterhin ordnungs- und strafrechtlich relevante Probleme. Die CDU-Fraktion sehe es immer noch so, dass die in den Grünen Würfel investierten Finanzmittel besser für andere Projekte genutzt werden sollten. Ihr sei gerade vor dem Hintergrund der in der Zielsetzung genannten offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Angebote für Familien wichtig, dass die Verwaltung vor einer Übertragung an den Trägerverbund ein verbindliches Sicherheitskonzept für den Kesselbrink vorlege. Weiterhin fordert er ein langfristiges, transparentes und schlüssiges Gesamtfinanzierungskonzept, um die Kosten für die Bürger*innen detailliert darzustellen. Die genannten Punkte sollten im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss sowie im Finanz- und Personalausschuss erfolgen. Die CDU-Fraktion bitte um Zustimmung zu ihrem Antrag. Bei einer Ablehnung werde sie der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen.

Frau Weißenfeld (SPD-Fraktion) begrüßt das vorliegende Konzept für den Grünen Würfel und die Angebotsübernahme durch Träger der Freien Wohlfahrtspflege. Sie sehe die für eine Großstadt nicht ungewöhnliche Problemlage des Umfeldes, möchte aber die Übertragung an den Trägerverbund nicht davon abhängig machen. Daher unterstütze die SPD-Fraktion den CDU-Antrag nicht. Sie wolle dem Trägerverbund durch den heutigen Beschluss eine zügige Weiterarbeit ermöglichen und wünsche ihm dafür guten Erfolg.

Herr Knauf (FDP-Fraktion) unterstützt den Antrag der CDU. Er sehe den Grünen Würfel als Teil des Kesselbrinks und des Quartierkonzeptes. Der CDU-Antrag ermögliche ein offenes Gespräch darüber, wie ein Sicherheitskonzept aussehen könne. Seine Fraktion sehe darin einen guten und konstruktiven Vorschlag und werde im Fall seiner Ablehnung ebenfalls der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen.

Herr Hood (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt den weiteren Schritt, nach einer Anlaufphase die Aufgabe an eine Trägerkooperation weiterzugeben. Er halte es für untypisch, die Trägerfrage mit einem Sicherheitskonzept zu verknüpfen. Das Finanzierungskonzept läge mit den Beschlüssen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vor. Offen sei, wie es strukturell mit dem Grünen Würfel weitergehen werde. Seine Fraktion werde dem CDU-Antrag nicht zustimmen, sondern mit der Zustimmung zur Verwaltungsvorlage die Angebote in und um den Grünen Würfel herum auf einen guten Weg bringen.

Beigeordneter Herr Nürnberger stimmt Herrn Knauf dahingehend zu, den Kesselbrink und den Grünen Würfel symbiotisch als Ganzes anzusehen, denn aus dem Grünen Würfel heraus könnten die Akteure nachgewiesenermaßen den Kesselbrink positiv beleben. Tagsüber sei hier - auch aus Sicht der Polizei - ein sicherer Ort. Da der Grüne Würfel nachts geschlossen sei, sei das, was zu dieser Zeit in der Innenstadt passiere, nicht im Zusammenhang mit dem Betrieb des Grünen Würfels zu betrachten.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert kurz das Konzept mit folgenden vier Säulen:

- Ein abgestimmtes und flexibles Vorgehen der Polizei zusammen mit dem Ordnungsamt sichere die Ordnung so weit wie möglich ab. Hier habe es in den vergangenen Monaten verstärkte Aktivitäten gegeben.
- Durch bauliche Maßnahmen und Beleuchtung werde die Sicherheit erhöht.
- Die Verwaltung sei auf dem Kesselbrink sozialpräventiv mit Streetworkern vor Ort.
- Durch die Aktivitäten von rd. 40 Gruppen und die Gastronomie würden Bewegungen erzeugt und dadurch der Platz belebt.

Der Großteil der im Haushalt veranschlagten 344.000 Euro gehe in die inhaltliche Arbeit für Personal- und Sachkosten der verschiedenen Angebote.

Vorsitzende Frau Gorsler merkt an, dass der grundsätzliche Dissens zu diesem Thema nicht aufgelöst werden könne.

Herr Kuhlmann (CDU-Fraktion) bestätigt, dass die Bewertung jedem selbst überlassen sei. Es spreche nicht gegen das Trägertrio. Da aber gemäß der Verwaltungsvorlage auch das Umfeld einbezogen werden solle, hätte er sich hierzu eine konkrete Aussage über die Möglichkeiten und Planungen gewünscht.

Herr Gugat (Einzelvertreter LiB) sieht in dem Antrag der CDU einen Verzögerungsversuch.

Herr Paus (AG Wohlfahrtsverbände) begrüßt, dass der Betrieb des Grünen Würfels nun in die Hände freier Träger gegeben werde. Die Befürchtungen, dass die Aufwendungen für dieses Projekt zu Einbußen bei anderen Maßnahmen führen könnten, seien nicht eingetreten. Die Beteiligten am Trägerverbund wünschten sich, dass die BGW die Mietkosten senke. Hinsichtlich der Sicherheitsfrage des gesamten Kesselbrinks strebten sie eine strategische Zusammenarbeit an. Sie solle zwischen den Führungsgremien der Beteiligten und der Stadt mittels eines strukturierten Gremienwesens erfolgen. Dies solle parallel zum Betrieb des Grünen Würfels

geschehen, so dass Konzepte konkret während der Aufgabenerfüllung entwickelt würden und nicht vorher abstrakt auf dem Papier.

Herr Dr. Sander (AfD-Ratsgruppe) hält den CDU-Antrag für moderat und konsensfähig. Das Nutzungsverhalten für den Platz und für den Grünen Würfel hänge auch vom Sicherheitsempfinden der Nutzer*innen ab, welches nicht nur beeinflusst werde von möglicher Gewaltkriminalität, sondern allgemein auch von Devianz. Ein kommuniziertes Sicherheitskonzept könne zum höheren Sicherheitsempfinden beitragen.

Es folgen Wortbeiträge von Frau Weißenfeld und Frau Gorsler (SPD-Fraktion).

Zum Ende der kontroversen Diskussion gibt Beigeordneter Herr Nürnberger als Klarstellung zu Protokoll, dass er nicht der Auffassung sei, der Kesselbrink sei eine No-go-area. Dies dürfe er auch zu keiner Tageszeit sein.

Beigeordneter Herr Adamski berichtet über Rückmeldungen aus dem vergangenen Winter. Dienstleister und Betreiber*innen der umliegenden Geschäfte und Gastronomie hätten verstärkte Aktivitäten von Dealern wahrgenommen, auch von teilweise strafunmündigen Kindern. Die Verwaltung habe darauf mit kurzfristigen ordnungsrechtlichen und weiteren Maßnahmen reagiert, die nach zwei Monaten zu einem positiven Feedback geführt hätten. Das Sicherheitsgefühl sei im letzten halben Jahr signifikant besser geworden.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Text des CDU-Antrages (Drucks.-Nr. 6016)

Beschlussvorschlag:

1. *Vor Übertragung der Trägerschaft des Stadtteilbegegnungszentrums Grüner Würfel durch den Trägerverbund aus AWO Kreisverband Bielefeld e.V., Diakonie für Bielefeld gGmbH und Caritasverband Bielefeld e.V. legt die Verwaltung, nach Vorberatung und Beschlussfassung im HWBA und Finanz- und Personalausschuss, ein verbindliches Sicherheitskonzept für den Kesselbrink und ein Finanzierungskonzept für den Grünen Würfel vor.*
2. *Punkt zwei wie Vorlage*
3. *Punkt drei wie Vorlage*

- mit Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. **Die Trägerschaft des Stadtteilbegegnungszentrums Grüner Würfel übernimmt zum 1. Juli 2023 der Trägerverbund aus AWO Kreisverband Bielefeld e.V., Diakonie für Bielefeld gGmbH und Caritasverband Bielefeld e.V. Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb des Grünen Würfels in das LuF-**

System zu überführen. Die Beauftragung des Trägerverbunds läuft somit vorerst bis zum 31.12.2025.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb des Grünen Würfels in das Dialogische Verfahren mit den Trägern aufzunehmen und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.
3. Die Verwaltung wird unabhängig davon beauftragt, Angebote und Aktionen auf dem Kesselbrink zu planen und durchzuführen und dabei den Trägerverbund einzubinden.

- mit Mehrheit beschlossen -

-:-

Zu Punkt 11

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 101 - Einsatz der vom Land NRW aus Gründen der Billigkeit gewährten Mittel im Rahmen des „Stärkungspakts NRW – gemeinsam gegen Armut“ in Höhe von 3.330.087,- Euro

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5916/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler lässt über die Beschlussvorlage abstimmen und weist auf den Flyer zur Zuschussgewährung hin, der der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt ist.

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 101 vom 28.03.2023 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 12

Abschlussbericht des Projekts „Neue Zugänge zu schwer erreichbaren Zielgruppen“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5931/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:

- Dieser TOP wurde nach den TOP 13 und 14 behandelt. -

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Sommer vom AWO Kreisverband Bielefeld e.V. Diese berichtet über das Projekt mit einer Präsentation, die der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt ist.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Knauf (FDP-Fraktion), Herr Kollmeier (SPD-Fraktion), Herr Gugat (Einzelvertreter

LiB), Herr Paus (AG Wohlfahrtsverbände) und die Vorsitzende Frau Gorsler. Es besteht Einigkeit darüber, dass die in Bielefeld praktizierte Quartiersarbeit notwendig sei und das oft schambehaftete Problem der Vereinsamung berücksichtigt werden müsse.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht und die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 13 **Hilfe für die vom Erdbeben betroffenen Menschen in Syrien und in der Türkei**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5898/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 14 **Bericht zur aktuellen Situation von geflüchteten Menschen in Bielefeld**

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über die Umsetzung des Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts. Es bietet langjährig Geduldeten durch eine 18-monatige Aufenthaltserlaubnis die Möglichkeit, die notwendigen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen, so z.B. die berufliche oder sprachliche Integration. Für dieses Integrationsziel arbeiten Ausländerbehörde, Jobcenter und Sozialdezernat gut vernetzt zusammen. Im Jobcenter stehen speziell geschulte Berater zur Unterstützung dieses Personenkreises zur Verfügung.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht betrifft in Bielefeld rd. 400 Menschen. Es wurden 136 Anträge gestellt, in 54 Fällen ist ein Aufenthaltstitel erteilt worden.

Frau Adilovic fragt, ob Menschen, die am Ende der 18 Monate z.B. arbeitslos würden, dann aus dem System fielen und ihnen möglicherweise die Abschiebung drohe. Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass die Inanspruchnahme des Chancen-Aufenthaltsrechts erst dann erfolgen solle, wenn die berufliche und sprachliche Integration innerhalb der 18 Monate erreichbar sei. Ohne die Erfüllung der Voraussetzungen für ein Bleiberecht falle die Person wieder in ihren vorherigen Status der Duldung zurück. Dies müsse nicht die sofortige Abschiebung bedeuten, dies sei eine Ermessensentscheidung. Wegen der Tragweite des Antrags eines Chancen-Aufenthaltsrechts sei die gute Schulung der Berater und die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden wichtig.

Zu Punkt 15

Benennung von Mitgliedern des Beirates für Behindertenfragen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5772/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

1.)

Nach § 1 (1) a) i. V. m. § 1 (2) der Satzung für den Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 08.03.2022 wird folgende Person als stellvertretendes Mitglied des Beirates für Behindertenfragen ernannt:

Name	Behindertengruppe
Karin Wagner Menschen (bisher: Annette Patock)	mehrfach schwerstbehinderte

2.)

Nach § 1 (1) b) i. V. m. §§ 1 (2), 2 (8) b) der Satzung für den Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 08.03.2022 wird folgende Person als stellvertretendes Mitglied des Beirates für Behindertenfragen ernannt:

Name	Institution/Verband
Kerstin Schick (bisher: Christian Stratmann)	Lebenshilfe Wohnstätten GmbH

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 16

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Nürnberger gibt eine schriftliche Antwort des nordrheinwestfälischen Gesundheitsministers an den Oberbürgermeister zum Thema Diamorphin-Praxis zusammenfassend wieder:

- Die Diamorphin-Behandlung werde als sinnvoll und hilfreich für einen bestimmten Personenkreis angesehen, aber 300 Plätze in einer Praxis in Bielefeld erschienen überdimensioniert.
- Unter Berücksichtigung der Erfahrungen vor Ort erstelle das MAGS einen Erlass, in dem die verbindliche Zusammenarbeit mit

dem örtlichen Suchthilfesystem konkreter geregelt sein solle. Bis zu dessen Bekanntmachung würden die Bezirksregierungen keine Betriebserlaubnisse aussprechen.

- Zur bedarfsgerechten Versorgung sei das MAGS auch mit den Kassenärztlichen Vereinigungen im Gespräch.

Frau Krutwage erläutert zum Beschluss in der letzten Sitzung zu Drucks.-Nr. 5526/2020-2025 „Kostenlose Menstruationsartikel auf öffentlichen Toiletten und Einrichtungen der Stadt Bielefeld“, dass nach Rücksprache mit dem Immobilienservicebetrieb (ISB) „öffentlichen Toiletten“ in diesem Zusammenhang nur die Toilettenanlagen meine, die sich in der Zuständigkeit des ISB befänden.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Sylvia Gorsler
Vorsitzende

Britta Zimmermann
Schriftführung